

„Deutsch-sein“ – „Anders-sein“

Eine kritische Diskursanalyse zur Konstruktion kulturell dichotomer Gruppen in den Wahlprogrammen der Alternative für Deutschland (AfD)

Wissenschaftliche Hausarbeit
zur Erlangung des akademischen Grades eines Bachelor of
Arts/ einer Baccalaurea Artium bzw. eines Baccalaureus
Artium
der Universität Hamburg

von Linda Miriam Apenburg

aus Hamburg

Hamburg, 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Orientalismus	3
2.1 Edward W. Saids Orientalismustheorie	3
2.2 Islamfeindlichkeit	5
3. Kritische Diskursanalyse	6
3.1 Der verwendete Diskursbegriff in dieser Arbeit	7
3.2 Struktur und Analyse von Diskursen	7
3.3 Der Materialkorpus	9
3.4 Die Rolle politischer Parteien innerhalb gesellschaftlicher Diskurse	9
4. Die <i>Alternative für Deutschland</i>	10
4.1 ‚Der Islam‘ im deutschen Migrationsdiskurs	10
4.2 Vorläuferdiskurs: Die ‚Sarrazin Debatte‘	12
4.3 Gründung und politische Positionierung der <i>Alternative für Deutschland</i>	13
4.4 Die Landesverbände der <i>Alternative für Deutschland</i>	15
5. Darstellung der Gruppenkonstruktionen in den Wahlprogrammen der einzelnen Landesverbände	16
5.1 Der Landesverband Sachsen	16
5.2 Der Landesverband Brandenburg	18
5.3 Der Landesverband Thüringen	19
5.4 Der Landesverband Bremen	20
5.5 Der Landesverband Hamburg	22
5.6 Zusammenfassung der Ergebnisse	23

6. Diskussion der Ergebnisse	24
6.1 <i>Exkurs</i> : ‚Der Islam‘ als Teil der europäischen Kultur	24
6.2 Die Verknüpfung der Gruppenkonstruktionen mit der Orientalismustheorie	26
7. Fazit	30
Literaturverzeichnis	32

1. Einleitung

„Muslimische MigrantInnen“¹ und mit ihnen „der Islam“² werden in sogenannten westlichen Gesellschaften zunehmend als „die Anderen“ wahrgenommen. Sie, und mit ihnen „der Islam“, seien unvereinbar mit den deutschen Normen und Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dabei werden sie als kollektives Ganzes betrachtet (vgl. Eickhof 2010: 34; Shooman 2012). Dieses Bild „der MuslimInnen“ findet in der deutschen Mehrheitsbevölkerung breite Zustimmung. Die Diskussion um „den Islam“ wurde in den letzten Jahren in Deutschland vermehrt zum Politikum. Die deutsche Politik oder vielmehr deren Kulturminister beschäftigten sich zuletzt mit Fragen zu Moscheebauprojekten, zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts oder zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen (Bielefeld 2013: 367). Rassistische Einstellungen gegenüber „den MuslimInnen“ und ihren vermeintlichen Einstellungen und Lebensweisen, erzeugen Zweifel an ihrer erfolgreichen Integration³. Diese Ressentiments finden sich in allen politischen Lagern und in den verschiedensten Milieus der Gesellschaft wieder (ebd.: 369) und entziehen sich somit dem klassischen „Rechts-Links-Schema“ (Bühl 2010: 155). In dieser Arbeit wird die im Jahr 2013 gegründete politische Partei, die *Alternative für Deutschland*, kurz *AfD*, in den Fokus der Betrachtung gerückt. Die Partei sorgte bereits kurz nach ihrer Gründung mit ihren Forderungen nach einer bedarfs- und qualifikationsorientierten Einwanderungspolitik, begleitet von rechtspopulistischen und islamfeindlichen Äußerungen, für öffentliches Aufsehen. Sie konnte rasch politische Erfolge erzielen und tut dies weiterhin (vgl. Schnapp 2015; NDR 2015; Bebnowski 2015: 15).

Der Diskurs über „den Islam“ in Deutschland ist eng mit den Debatten um Migration verknüpft. MigrantInnen werden „über das Vehikel der Religionszugehörigkeit“

¹ In dieser Arbeit wird auf die Verwendung geschlechtergerechter Sprache geachtet, um Frauen und Männer gleichermaßen sichtbar zu machen und einer Diskriminierung durch Sprache entgegen zu wirken.

² Die homogenisierenden Bezeichnungen wie „die MuslimInnen“ oder „der Islam“ entsprechen der Reichhaltigkeit an verschiedenen Auffassungen innerhalb der islamischen Religion keinesfalls und werden in dieser Arbeit aus diesem Grund in Anführungszeichen gesetzt. Gleiches gilt für Bezeichnungen wie „der Westen“, „der Orient“ o.Ä.

³ Das Wort Integration ist trotz vermehrter Klärungsversuche der Wissenschaft ein unscharfer Begriff geblieben und sollte entsprechend eingeordnet werden. Für einen Bedeutungsüberblick siehe z.B. Hafez 2013: 165

(Benz 2013: 194) homogenisiert. Somit fungiert ‚der Islam‘ als ausschlaggebendes Identifikationsmerkmal dieser Gruppe. Dieser Prozess wird als Kulturrassismus⁴ bezeichnet und knüpft an den biologistischen Rassismus an, indem er Menschen aufgrund ihrer kulturellen Herkunft als höher- oder minderwertig einstuft. Davon ausgehend werden als fremd konzipierte Minderheiten als gefährlich für die eigene Mehrheitsgesellschaft betrachtet (ebd.). Diese Thematik wurde maßgeblich von Edwards Saids Studie *Orientalism* beeinflusst. Als Orientalismus versteht Said „[...] eine Denkweise, die auf der ontologischen und epistemologischen Unterscheidung basiert, die zwischen «dem Orient» und (meistens) «dem Okzident» gemacht wurde (Saïd 1981: 9).“ ‚Der Westen‘ stehe ‚dem Orient‘ als aufgeklärt und emanzipativ gegenüber, während dieser als unzivilisiert, irrational, primitiv und minderwertig konstruiert werde (Attia 2009: 11).

Als Grundlage der Analyse des Migrationsdiskurses innerhalb der *AfD* dienen ausgewählte Wahlprogramme der Partei. Mithilfe der Orientalismustheorie und des Konzeptes des *Othering* nach Edward Saïd wird die Darstellung von MigrantInnen in eben diesen Programmen betrachtet. Dabei wird sich an folgender Fragestellung orientiert: Inwiefern werden (muslimische) MigrantInnen und deutsche Personen mit Migrationshintergrund in den Wahlprogrammen der *AfD* als ‚die Anderen‘ konstruiert und einem ‚Wir‘, welches als eine christlich-abendländisch homogene deutsche Gesellschaft benannt wird, gegenübergestellt?⁵

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel, in denen sich einer Antwort genähert wird. Die Orientalismustheorie und die Praxis des *Othering* nach Edward Saïd werden beginnend vorgestellt und dienen als theoretisches Fundament dieser Arbeit. Ergänzt wird dieses Kapitel durch Anmerkungen der Historikerin Yasemin Shooman und der Sozial- und Politikwissenschaftlerin Ilka Eickhof. Im folgenden Kapitel wird die Methode der kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger und Jens Zimmermann vorgestellt. Im Anschluss wird der Materialkorpus der Analyse vorgestellt.

⁴ Auch bekannt als „Rassismus ohne Rassen“, siehe hierzu: Étienne Balibar „Race, nation, classe: les identités ambiguës“ 1997

⁵ Diese Annahme impliziert ein Bild von Kultur als geschlossenes Gebilde. In dieser Arbeit wird das „Konzept von *Kultur* als prinzipiell offene[s], dynamische[s] System mit Brüchen und Widersprüchen“ (Beer 2010: 69; Hervorhebung durch die Autorin) verstanden. Dieser Ansatz unterscheidet sich demnach von den gängigen und politisch genutzten Alltagskonzepten (ebd.).

Im vierten Kapitel wird die Entstehung und Positionierung der *AfD* betrachtet. Diese ist maßgeblich durch die Sozialwissenschaftler David Bebnowski, sowie von Alexander Häußler und Rainer Roeser beeinflusst. Im fünften Kapitel wird die Gruppenkonstruktion innerhalb der Wahlprogramme der *AfD* dargestellt. Das letzte Kapitel setzt sich mit den zuvor generierten Ergebnissen auseinander. Sie werden anhand der Orientalismustheorie Saids analysiert und abschließend kritisch betrachtet. Im Fazit wird zum einen die Forschungsfrage beantwortet und zum anderen die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen gezogen und erläutert.

Über den Migrationsdiskurs in Deutschland und die Rolle, die ‚der Islam‘ darin einnimmt wurde vor allem in den Geisteswissenschaften viel publiziert. Die *AfD* dagegen stand aufgrund ihrer jungen Geschichte erst begrenzt im Fokus wissenschaftlicher Analysen. Im Fokus der bisherigen Auseinandersetzungen mit der *AfD* stand vor allem die Entstehung der Partei, wobei nahestehende Parteien und Organisationen betrachtet wurden. Zudem wurde die Struktur, sowie das Personal der Partei betrachtet. Konkrete politische Forderungen, wie in den Wahlprogrammen formuliert, waren kein zentrales Thema der Analysen. In dieser Forschungslücke wird diese Arbeit angeordnet.

2. Orientalismus

In diesem Kapitel wird die Orientalismustheorie und die Praxis des *Othering* nach Edward Said vorgestellt. In einem kurzen Abschnitt wird anschließend der Begriff Islamfeindlichkeit - als Arbeitsdefinition dienend - vorgestellt.

2.1 Edward W. Saids Orientalismustheorie

Edward Said beschäftigt sich in seiner im Jahr 1978⁶ erschienenen literaturwissenschaftlichen Studie *Orientalism* mit der Herstellung von Wissen über ‚den Orient‘. Der Begriff Orientalismus bezeichnet nach Said keine spezifische Wissenschaft, sondern ein Gespann aus politischen, interlektuellen, kulturellen und moralischen

⁶ Deutsche Erstauflage 1981

Aussagen seitens ‚des Westens‘ über ‚den Orient‘ (Said 1981: 12). ‚Der Orient‘ und ‚der Okzident‘ werden demnach als Ideen verstanden, die jeweils eine eigene Geschichte und Traditionen besitzen (ebd.). Von dieser Betrachtung ausgehend weist er darauf hin, dass ‚der Orient‘ nicht ausschließlich als Imagination betrachtet werden kann, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„[...] [Es] gab - und gibt – Kulturen und Nationen, die im Osten liegen, und ihr Leben, ihre Geschichten und Sitten haben eine brutale Realität, die offensichtlich größer ist als alles, was über sie im Westen gesagt werden könnte“ (ebd.).

Said sagt damit, dass ‚der Orient‘ zwar als imaginiert betrachtet werden sollte, aber keinesfalls als reine Imagination. Der Umstand, dass seitens ‚des Westens‘ über ‚den Orient‘ gesprochen wird, ist nach Said „Zeichen europäischer Macht über den Orient“ und nicht etwa ein „wahrheitsgemäßer Diskurs über den Orient“ (ebd.: 13). Mit der „europäischen Macht“ (ebd.), von der Edward Said spricht, meint dieser allen voran den französischen und den britischen Staat (ebd.: 11). Dies liegt in dem engen, kolonialen Verhältnis zwischen den beiden europäischen Ländern und ‚dem Orient‘ begründet, wobei ‚der Orient‘ als Ort der ältesten und profitabelsten Kolonien Europas beschrieben wird (ebd.: 11).

In seinem Konzept des Orientalismus zeigt Edward Said die dichotome Konstruktion von ‚dem Westen‘ gegenüber ‚dem Orient‘ auf. Anhand der Eigenschaften, die ‚dem Orient‘ gegenüber ‚dem Westen‘ zugeschrieben werden, zeigt sich der europäische Überlegenheitsgedanke gegenüber ‚den Anderen‘ (ebd.: 14-15). Während ‚der Westen‘ als „emanzipativ, aufgeklärt, demokratieaffin und fortschrittlich beschrieben [wird], [gilt] ‚der Islam‘ als rückständig, frauenfeindlich, unwandelbar, irrational und gewaltbereit“ (Shooman 2012). Das europäische Selbstverständnis gelangt durch die Imagination ‚des Anderen‘ an Stärke und Identität, so Said (Said 1981: 8). ‚Der Orient‘ ist somit ein „integraler Teil der europäischen *materiellen* Zivilisation und Kultur“ (ebd., Hervorhebung durch den Autor). ‚Der Orient‘ stellt eines der „ältesten und am häufigsten wiederkehrenden Bilder des Anderen“ (ebd.: 9) dar. Zentral in Edward Saims Konzept ist demzufolge die Konstruktion ‚des Anderen‘ zum imaginierten Selbst. Diesen Prozess bezeichnet Edward Said als *Othering*. Die Konstruktion imaginierter Gruppen erfolgt anhand von vermeintlich differenten Äußerlichkeiten, Wesensmerkmalen oder Charakteristiken (Eickhof 2010: 28). In diesem Fall führt der

Orientalismus zu einer Homogenisierung ‚des Orients‘, welcher als eine Kultur wahrgenommen wird (Barskanmaz 2009: 364). Die Praxis des *Othering* ist auch außerhalb des Orientalismuskontextes anwendbar und lässt sich mit dem Konzept zur Entstehung von kollektiver Identität vergleichen. Das Konzept kollektiver Identität geht „von einer Vorstellung von Gleichheit einer Gruppe zugehöriger Individuen und damit verbunden, auch von einer Andersartigkeit einer anderen Gruppe oder mehrerer Gruppen aus“ (Eickhof 2010: 51). Eine solche kollektive Identität erscheint dabei als feste und berechenbare Größe (Ruf 2012: 9-10). In Bezug auf die anstehende Analyse sei erwähnt, dass in der Politik oft von der Betrachtungsweise ausgehend argumentiert wird, sodass Migration zu einem Prozess wird, der Kulturen aufeinander prallen lässt (Johler 2007: 19).

Entgegen der ‚klassischen Definition‘⁷ von Rassismus, die sich auf vermeintliche biologistische Unterscheidung stützt, bezieht sich die Praxis des *Othering* vor allem auf kulturelle Merkmale (vgl. Shooman 2012; Johler 2007: 19). Indem die ‚Andersartigkeit‘ von MigrantInnen auf ihre Kultur zurückgeführt wird, wird diese zugleich zum Hinderungsgrund für eine gelungene Integration (Johler 2007: 44). Wie diese Konzepte zeigen, wirkt „[...] das soziale und politische Konstrukt der ‚Rasse‘ [...] implizit fort und ist mittlerweile untrennbar mit kulturellen und religiösen Zuschreibungen verbunden“ (Shooman 2012). Daher ist es richtig und wichtig hier von Rassismen zu sprechen, wenngleich sich nicht auf menschliche „Rassen“ im biologistischen Sinne bezogen wird.

2.2 Islamfeindlichkeit

Da der Fokus dieser Arbeit auf muslimischen MigrantInnen in Deutschland liegt, wird an dieser Stelle kurz auf den Begriff Islamfeindlichkeit eingegangen. Dieser wird hier verwendet, um eine negative Haltung gegenüber MuslimInnen und als solche markierte, ihre Stereotypisierung, gesellschaftliche Ausgrenzung und strukturelle Diskriminierung zu beschreiben (Shooman 2011; vgl. Benz 2013: 39). Wolfgang Benz definiert Islamfeindlichkeit als:

⁷ Siehe hierzu (u.A.): Robert Miles „Rasim“ 1993; Wulf D. Hund „Rassismus“ 2007; Christian Geulen „Geschichte des Rassismus“ 2014

„Ressentiments gegen eine Minderheit von Bürgern bzw. in unserer Gesellschaft lebender Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden. [...] Gegen sie werden Feindbilder konstruiert, die in den Komplex gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehören [...]“ (Benz 2013: 41).

Der Politik- und Islamwissenschaftler Kai Hafez merkt ergänzend an, dass ‚der Islam‘ in diesem Prozess als monolithischer und oft gewalttätiger Block konstruiert wird (Hafez 2013: 122). Die Definitionsmacht liegt bei der Mehrheitsgesellschaft, die über tatsächliche, individuelle Glaubensbekenntnisse hinaus eine homogene Gruppe ‚der Anderen‘ schafft und diese als Gegenspieler zum Eigenen konstruiert (Shooman 2014: 61, 64-65).

3. Kritische Diskursanalyse

Edward Said hat sich in seiner Studie intensiv mit dem Diskursbegriff Foucaults beschäftigt (vgl. Said 1981: 10). Das Konzept der kritischen Diskursanalyse (KDA), welches der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt, orientiert sich an den Überlegungen von Jens Zimmermann und Siegfried Jäger. Diese entstanden ebenfalls in Anlehnung an die Schriften Michel Foucaults, der sich vor allem mit wissenschaftlichen Diskursen beschäftigte (Jäger, Zimmermann 2010: 8). Zimmermann und Jäger haben sich weiterführend mit einer kulturwissenschaftlichen Herangehensweise an Diskurse befasst. Die Analyse aktueller Diskurse und ihrer Machtwirkung, sowie deren Funktion als herrschaftslegitimierende und –sichernde Techniken stehen dabei im Vordergrund (ebd.: 9).

Der Fokus der Analyse liegt auf dem Diskurs über MigrantInnen innerhalb der Wahlprogramme der *AfD*. In diesem Kapitel wird der Forschungsansatz dieser Methode aufgezeigt und der Materialkorpus der anschließenden Analyse vorgestellt.

3.1 Der verwendete Diskursbegriff in dieser Arbeit

Nach der Definition von Jäger ist ein Diskurs ein „Fluss von Wissen und Wissensvorräten durch die Zeit“ (Jäger 2012: 26). Diskurse bilden eine Instanz, die das „Sagbare“ (ebd. 2006: 86) formuliert. Sie entstehen aus historischen Prozessen heraus (Jäger 2006: 88) und führen ein Eigenleben. Sie sind somit kein Spiegel der Wirklichkeit, wenngleich sie diese maßgeblich prägen und beeinflussen (ebd. 2006: 87). Ergänzend verweist Jäger auf Jürgen Link, der diese Definition erweitert: Ein Diskurs ist ihm zufolge eine institutionell gefestigte Redensweise, die Handeln bestimmt und somit Macht ausübt (Jäger, Zimmermann 2010: 10). Damit meinte dieser, dass jenes durch den Diskurs transportierte Wissen kollektives und individuelles Bewusstsein formt. Dieses Wissen wiederum bildet die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln (Jäger 2006: 89). Diskurse enthalten demnach „[...] Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften“ (Jäger, Zimmermann 2010: 13).

3.2 Struktur und Analyse von Diskursen

Diskurse sind eng miteinander verflochten und untereinander verschränkt. Jäger und Zimmermann beschreiben dies als „diskursives Gewimmel“ (Jäger, Zimmermann 2010: 16). Um Diskurse dennoch analysieren zu können, müssen Analysekatoren anhand der Struktur von Diskursen geschaffen werden (ebd.). Im Folgenden werden dahingehend die einzelnen Elemente von Diskursen vorgestellt.

Innerhalb von Diskursen treten verschiedene Themen auf. Thematisch einheitlich verlaufende Diskurse werden als *Diskursstränge* bezeichnet (Jäger, Zimmermann 2010: 16). Diese wiederum teilen sich in eine Vielzahl von Unterthemen. Die Analysen solcher Diskursstränge ermitteln Aussagen, die als Kernpunkte der formulierten Äußerungen zu verstehen sind. Zur Bestimmung von solchen Aussagen müssen *Diskursfragmente* betrachtet werden (ebd.). Diskursfragmente werden als Texte und Textteile eines bestimmten Themas definiert (Jäger 2012: 80). Diskurse können von *diskursiven Ereignissen* beeinflusst werden. Als solche gelten Ereignisse, welche in besonderem Maße politisch oder medial herausgestellt werden (Jäger, Zimmermann 2010: 16). Daher wird auch in dieser Arbeit der diskursive Kontext in Ausschnitten nachgezeichnet werden. Diskursstränge können auf verschiedensten *Diskursebenen*,

wie beispielsweise in der Politik, in den Medien, im Alltag oder in der Erziehung operieren, wobei sie sich gegenseitig beeinflussen. Man kann Diskursebenen auch als soziale Orte bezeichnen, aus denen gesprochen wird (Jäger 2012: 83-84).

Alle Diskursstränge zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort und in einer bestimmten Gesellschaft bilden gemeinsam den gesamtgesellschaftlichen Diskurs (ebd. 86). Die Analyse eines Gesamtdiskurses ist demnach kaum realisierbar, hierzu merken Jäger und Zimmermann folgendes an:

„Es dürfte deutlich geworden sein, dass solche Analyseprojekte sehr umfangreich wären und sich nur in Gestalt einer Vielzahl von Einzelprojekten angehen lassen. Solche Einzelprojekte sind aber bereits sehr sinnvoll, weil sie immerhin zu bestimmten diskursiven Teilbereichen sehr verlässliche Aussagen zulassen und die Basis für eine Änderung des »Wissens« bilden [...]“ (Jäger, Zimmermann 2010: 18).

In dieser Arbeit wird, den Autoren folgend, ein solches Einzelprojekt durchgeführt. Vor diesem Hintergrund und mit dem Wissen, dass Diskurse überindividuell sind und demnach nicht durch einzelne Individuen oder einzelne Gruppen bestimmt werden können (ebd.: 14), wird in dieser Arbeit die *Alternative für Deutschland* als Akteur innerhalb des Migrationsdiskurses betrachtet. Dieser diskursive Teilbereich bezieht sich auf die Analyse ausgewählter Wahlprogramme der *AfD*. In dieser Arbeit wird im Rahmen eines solchen Einzelprojektes exemplarisch auf den Migrationsdiskurs und maßgeblich prägende Ereignisse und Debatten eingegangen. Die *AfD* wird als Akteur betrachtet, welcher aus der Position einer politischen Partei innerhalb eines demokratischen Systems heraus den gesellschaftlichen Diskurs beeinflusst.

Als wichtiges Instrument der kritischen Diskursanalyse zählt das Hinterfragen und wenn nötig die Dekonstruktion eines als Wahrheit produzierten Wissens. Kritische Diskursanalysen sind somit in der Lage Gesellschaftskritik zu üben (Jäger, Zimmermann 2010: 22). Mehr noch:

„[...] [A]ngesichts der hochgehaltenen Normen von Demokratie, Gerechtigkeit und allgemeinen Menschenrechten [zwingt einen die KDA] geradezu dazu [...], Position zu beziehen, sei es, gegen Krieg, gegen Rassismus, gegen Ausgrenzung aller Art, gegen ökologische Fehlentwicklungen oder gegen die Anhäufung von Reichtum auf Kosten sozial ohnedies schwacher Bevölkerung und vieles mehr“ (ebd.).

Auf diesen Aspekt wird in Kapitel 6 Abschnitt 2 eingegangen.

3.3 Der Materialkorpus

Ziel dieser Arbeit ist die Betrachtung und die Analyse der Darstellung von (muslimischen) MigrantInnen in den Parteiprogrammen der *AfD*, eingebettet in den deutschen Migrationsdiskurs. Der Gegenstand der Analyse sind ausgewählte Wahlprogramme der Partei. Bisher wurden je ein Programm für die Bundestagswahl und für die Europawahl, sowie insgesamt sechs Landtagswahlprogramme veröffentlicht. Die vorliegende Analyse fokussiert sich auf die Betrachtung der einzelnen Landesprogramme, mit Ausnahme des Programmes für die Landtagswahl in Hessen. Für diese gab es kein eigens konzipiertes Wahlprogramm. Die *AfD* warb mit den Programmen zur Europa- und zur Bundestagswahl. Der Zeitraum der Betrachtung erstreckt sich von den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Jahr 2014 bis zu den Wahlen in Hamburg und Bremen in der ersten Hälfte des Jahres 2015. Als Diskursstrang kann in diesem Einzelprojekt der Migrationsdiskurs innerhalb der *AfD* verstanden werden. Dieser umfasst verschiedene Unterthemen wie Asyl, Zuwanderung, Kriminalität und Integration. Die ausgewählten Wahlprogramme bilden die Diskursfragmente. Anhand dieser werden die Aussagen der *AfD* herausgearbeitet. Unter Berücksichtigung besonderer diskursiver Ereignisse wird die Entstehung und Positionierung der Partei betrachtet. Die Ebene, von der aus in diesem Falle gesprochen wird, ist eine politische. Um den Akteur, die *AfD*, entsprechend einzuordnen, wird in der Folge auf den Einfluss politischer Parteien innerhalb gesamtgesellschaftlicher Diskurse eingegangen.

3.4 Die Rolle politischer Parteien innerhalb gesellschaftlicher Diskurse

Mit der *Alternative für Deutschland* steht eine politische Partei im Blickfeld dieser Arbeit. An dieser Stelle wird auf den besonderen Einfluss politischer Parteien auf Meinungsbildungsprozesse der Gesellschaft eingegangen.

Politische Parteien nehmen eine wichtige Position innerhalb gesellschaftlicher Diskurse ein, da sie die politische Willensbildung der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen (PartG § 2 I). Besonders deutlich wird dieser Einfluss während eines Wahlkampfes. Das Parteiengesetz gibt vor, dass Parteien ihre politischen Ziele schriftlich in einem Wahlprogramm festhalten müssen (PartG §1 III). Dieses beinhaltet Stellungnahmen zu politischen Fragen und zeigt auf, wo eine Partei Handlungsbedarf

sieht und wie sie konkret ihre Ziele umzusetzen gedenkt (Klingemann, Volkens 2001: 513). Der Inhalt der Programme ist für die Parteimitglieder in der Regel verbindlich. In Deutschland werden drei Typen von Parteiprogrammen unterschieden: Es gibt Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und Aktionsprogramme. Grundsatzprogramme enthalten die politische Identität einer Partei, sind langfristig angelegt und beinhalten die gesamtpolitischen Richtlinien. Daher sind sie von hohem Verbindlichkeitsgrad und besonders umfassend. Aktionsprogramme beschränken sich auf ausgewählte Politikbereiche und sind handlungsorientiert. Daher unterliegen sie einer geringeren Verbindlichkeit für ihre Mitglieder. Wahlprogramme verbinden Elemente beider Varianten. Sie sind ebenfalls zeitlich begrenzt und handlungsorientiert, zugleich umfassend und ausführlich (Klingemann 1989: 99). Dementsprechend sind die Wahlprogramme einer politischen Partei ein verschriftlichter, offizieller und somit analysierbarer Teil eines gesellschaftlichen Diskurses.

4. Die *Alternative für Deutschland*

In diesem Kapitel wird die Entstehung und politische Positionierung der *AfD* betrachtet. Die Einbettung in den gesellschaftlichen Diskurs um Migration und ‚den Islam‘ wird dabei Parallelen zwischen bestimmten Argumentationsmustern aufzeigen. Es wird in der Folge auf wichtige diskursive Ereignisse und Debatten eingegangen, auf deren Grundlage die Entstehung und Positionierung der Partei betrachtet wird. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels werden, vorbereitend auf die anschließende Analyse, die verschiedenen Landesverbände der Partei vorgestellt.

4.1 ‚Der Islam‘ im deutschen Migrationsdiskurs

„Das Raunen von der Gefahr, die vom Islam ausgehe, ist Bestandteil des alltäglichen Diskurses“ (Benz 2013:194), so formuliert es der deutsche Historiker Wolfgang Benz. Die europäische Auseinandersetzung mit ‚dem Islam‘ geht weit zurück. Bereits zur Zeit der Kreuzzüge gegen den von Europa als ‚islamisch‘ konstruierten ‚Orient‘, wird dieser als minderwertig und als Bedrohung für das ‚christliche Abendland‘ konstruiert. Das geschaffene Bild des kulturell und politisch rückständigen Is-

lam, verbunden mit „moralischer und intellektueller Inferiorität der »Orientalen«“ (ebd.: 56), findet seinen vorläufigen Höhepunkt mit Beginn der Kolonialzeit (ebd. 50) und besteht weiter bis in die Gegenwart (ebd. 56).

Mit den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 festigt sich diese islamfeindliche Ideologie auch in Deutschland. Durch die mediale Fokussierung auf IslamistInnen und Terrorismus werden MuslimInnen und als solche markierte als besonders gefährliche MigrantInnen betrachtet (Johler 2007: 42). Themen wie die Entstehung von Parallelgesellschaften, Integrationsprobleme oder die Unterdrückung der Frau im Islam werden diskutiert (vgl. Didero 2014: 81-82). In diesem Prozess gilt die ‚islamische Kultur‘ zunehmend als Hinderungsgrund für die Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft (Erel 2004: 36). Kennzeichnend für die Darstellung ‚des Islam‘ ist neben der negativen Konnotation die im internationalen Vergleich auffällige Betonung der kulturellen Differenz (Didero 2014: 83, 75, 89). Der Ethnologe Martin Sökefeld weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Differenz vorrangig an der Religion festgemacht wird:

„Die Bilder [eines gewalttätigen Islam], die in diesem Diskurs verhandelt, geschaffen und reproduziert wurden, sind ganz überwiegend Klischees, die Muslime auf Religion bzw. auf bestimmte Aspekte der Religion reduzieren. Man kann hier durchaus die Fortwirkung oder sogar Neuformierung alter orientalistischer Vorstellungen konstatieren [...]“ (Sökefeld 2004: 2).

Im deutschen Diskurs findet zusätzlich, so der Soziologe Achim Bühl, eine starke „Islamreduktion“ (Bühl 2010: 91) statt. Darunter versteht dieser, dass ‚der Islam‘ ausschließlich als türkisch-arabisches Phänomen betrachtet wird. Dabei leben lediglich ca. 18 % der MuslimInnen weltweit im arabischen Raum, ebenso viele wie auf dem afrikanischen Kontinent. Die größten islamischen Gemeinden hingegen sind in den asiatischen Staaten Indonesien, Pakistan, Bangladesch und Indien zu finden (ebd.). In Deutschland leben heute etwa vier Millionen MuslimInnen (Benz 2013: 20), die sich in ihren Herkunftsregionen und religiösen Ausrichtungen unterscheiden. ‚Der Islam‘ und seine AnhängerInnen in Deutschland sind, wie überall auf der Welt, „vielfältig ausdifferenziert und äußerst heterogen“ (Bühl 2010: 91). Entgegen dem öffentlichen Bedrohungsgefühl durch ‚den Islam‘ als „eine gefährliche Einheit mit einer geschlossenen Ideologie und darauf basierender Zielsetzung, [...] der »Islamisierung Europas«“, charakterisiert sich dieser vielmehr durch seine immense For-

menvielfalt (Benz 2013: 21; vgl. Bühl 2010: 91). Diese Formenvielfalt verdeutlicht, weshalb es vermieden werden sollte, von ‚dem Islam‘ und ‚den MuslimInnen‘ zu sprechen (vgl. Jonker 2010: 116). ‚Der Islam‘ wird im öffentlichen Diskurs als ‚fremd‘ gegenüber sogenannten westlichen Gesellschaften definiert. In den Debatten um MuslimInnen und MigrantInnen fällt auf, dass dieser Fremdeitsbegriff über die eigentliche Migrationsgeneration hinausgeht: Selbst Kinder und Kindeskinde von MigrantInnen, die selbst keine Migrationserfahrung haben, werden als solche durch Verweis auf Namen, religiöse Zeichen oder biologistische Merkmale wie z.B. Hautfarbe stigmatisiert (Johler 2007: 14). Sie würden als ‚die Fremden‘ die soziale Ordnung der deutschen Mehrheitsgesellschaft gefährden (ebd. 16).

Innerhalb des Islamdiskurses der letzten Jahre wurde unter anderem über die Forderung eines Kopftuchverbotes für MuslimInnen diskutiert. Das Kopftuch gilt hierbei als „Zeichen der ‚Unterdrückung der Frau‘ im Islam [...] [und wurde zum] Aushängeschild, des aufgeklärten Europas im Gegensatz zum ‚rückschrittlichen Islam‘ verhandelt“ (Müller-Uri 2014: 8). Ein weiterer Diskurs, der sich hier anschließt, ist die sogenannte ‚Sarrazin Debatte‘.

4.2 Vorläuferdiskurs: Die ‚Sarrazin Debatte‘

Thilo Sarrazin, ehemaliger Politiker der SPD, löste mit seinem 2010 veröffentlichten Buch *Deutschland schafft sich ab*⁸ eine hitzige Debatte über die Integration von MigrantInnen in Deutschland aus (Bühl 2010: 135).

Sarrazin beklagt angebliche Bildungsdefizite und mangelnde Sprachkompetenzen von MigrantInnen sowie deren Sozialverhalten und die Ausbreitung von vermeintlichen Parallelgesellschaften aufgrund einer angeblichen Integrationsunfähigkeit der selbigen. Seine Argumente stützt er dabei auf Statistiken, die wissenschaftlich nicht verifizierbar sind (Benz 2013: 93). Dennoch schürt Sarrazin, unabhängig vom Wahrheitsgehalt seiner Daten, ein „Unbehagen an einer sich durch Zuwanderung verändernden Lebenswelt“, die er durch die „Ethnisierung sozialer Probleme [begründet], die auch ohne Migranten existieren würden“ (ebd. 93-94). Dabei wird Sarrazin vor-

⁸ Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ 2010

geworfen, rassistische und islamfeindliche Positionen zu beziehen (Bühl 2010: 135). In seiner Argumentation wird die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur („der Islam“ wird hier als Kultur betrachtet) zum ausschlaggebenden Differenzkriterium zwischen Individuen. Hinzukommend verwendet Sarrazin biologistische Metaphern und verweist auf Vererbung von kulturellen Merkmalen, was stark an sozialdarwinistische Theorien erinnert (Hafez 2013: 127). Hierbei stellt sich die Frage, ob „Rassismus, Biologismus, eugenische Positionen und Islamfeindlichkeit“ als Themen der ‚Sarrazin-Debatte‘ „akzeptierte Bestandteile der politischen wie medialen Kultur unseres Landes sind oder einer Ächtung unterliegen“ (Bühl 2010: 8). Im Zuge der Diskussionen seien die etablierten Parteien auf den „rechtspopulistischen Zug“ (ebd.) aufgesprungen, anstatt sich diesem entschieden in den Weg zu stellen (ebd.). Bühl zufolge könne es auf diesem Wege weder gelingen, solch ein rassistisches Gedankengut in der Bevölkerung zurückzudrängen, noch könne so die Etablierung einer rechtspopulistischen und islamfeindlichen Partei verhindert werden (ebd.). Bühl spricht in diesem Zusammenhang von einer virtuellen politischen Kraft von rechts, die in Zukunft Druck auf die etablierten Parteien ausüben könnte (ebd.). Drei Jahre später gründet sich die *AfD*. Ist die *AfD* diese zuvor noch virtuelle Kraft von rechts? Auf diese Frage wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

4.3 Gründung und politische Positionierung der *Alternative für Deutschland*

Die *AfD* betritt mit ihrer Gründung im Februar des Jahres 2013 als neuer politischer Akteur die deutsche Parteienlandschaft (Häusler, Roeser 2015: 7). Innerhalb weniger Monate entstehen in allen 16 Bundesländern entsprechende Landesverbände (Dreischer, Lempp 2014). Zunächst steht die Kritik an der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik im Fokus der neuen Partei. In der Folge werden Forderungen nach einer „restrikte[n], qualifikationsorientierten Einwanderungspolitik“ (Schnapp 2015) laut.

In der Art der Argumentationsführung lassen sich Parallelen zwischen der *AfD* und Thilo Sarrazin ziehen. Eines der Hauptmerkmale der populistischen Aufarbeitung des Themas Einwanderung sowohl der *AfD* als auch seitens Sarrazins ist, dass diese „[...] stets damit argumentier[en], dass störende Elemente, Eindringlinge, kurz, das Andere, eine grundsätzliche funktionierende Ordnung korrumpieren würden“

(Bebnowski 2015: 15). Die aktuellen Entwicklungen, wie die Solidaritätsbekundungen der *AfD* gegenüber *Pegida*, der „Patriotische[n] Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, können als weiterer Schritt an den rechten Rand gewertet werden (Hanfeld 2015).

Die *AfD* präsentiert sich als bürgerliche Partei der Mitte. Seine Mitglieder entstammen, so die Partei, allen Berufen und Schichten, allen Bildungs- und Einkommensklassen sowie allen Regionen des Landes. Dabei vertritt sie „längst das Programm einer breit aufgestellten bürgerlichen Partei“ (*AfD* Hamburg 2015: 5). Dass die *AfD* dieses Selbstbild weitestgehend wahren kann, obwohl es sich, so Bebnowski, eindeutig um „[...] eine populistische Partei“ handelt, dessen Populismus „[f]raglos [...] offen nach rechts“ (Bebnowski 2015: 16) gerichtet ist, liegt daran, dass die Partei auf der Grenze zum Tabubruch balanciert. „Dies gelingt, weil ihr Populismus über Chiffren funktioniert. *Hierin* liegt sein Spezifikum“ (ebd.), so Bebnowski. Die politische Positionierung der *AfD* ist rechts von CDU und FDP (Häusler, Roeser 2015: 8). Die *AfD* entspricht demzufolge in vielen Aspekten der von Bühl skizzierten fiktiven ‚Sarrazin-Partei‘.

Im Jahr ihrer Gründung steht die *AfD* erstmals zur Wahl: Zunächst auf Bundes- und anschließend auf Landesebene in Hessen. Die *AfD* erreicht in beiden Fällen nicht die erforderlichen fünf Prozent. Im Jahr 2014 gelingt der Partei das erste politische Zeichen: bei der Europawahl werden sieben Prozent der Stimmen erreicht, gefolgt von weiteren Wahlerfolgen in Brandenburg (8,5%), Sachsen (10,1%) und in Thüringen (7,1%). In Hamburg und Bremen zieht die *AfD* im Jahr 2015 ebenfalls in die jeweiligen Bürgerschaften ein (Häusler/Roeser 2015: 7). Neben den Wahlerfolgen steigen auch die Mitgliederzahlen der Partei. Nach eigenen Angaben kann die *AfD* ihre Mitgliederzahl von knapp über 15.000 (stand November 2013) innerhalb eines Jahres auf über 21.000 Mitglieder erhöhen (FAZ 2014). Nach dem Führungswechsel, dem Ausscheiden Bernd Luckes und dem anschließenden Amtsantritt von Frauke Petri als neue Vorsitzende der Partei im Sommer 2015, verlor die *AfD* innerhalb einer Woche zehn Prozent ihrer 21.000 Mitglieder. Darunter viele führende Parteifunktionäre, in deren Augen der Führungswechsel einem Rechtsruck der Partei gleichkam (Deutschlandfunk 2015). Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte sprechen verschiedene Onlinezeitungen wieder von einem stetigen Zuwachs der *AfD*. Umfragen zu Folge liegt die Partei im Herbst 2015 bei etwa neun Prozent (FAZ 2015).

4.4 Die Landesverbände der *Alternative für Deutschland*

Der Hamburger Landesverband der *AfD* sorgt als erster aufgrund seiner Rechtsaußenkontakte für Diskussionen. Kritisiert wird der Zulauf aus den offen rechtspopulistischen Parteien *DIE FREIHEIT* und *Partei Rechtsstaatlicher Offensive*, der sogenannten *Schill-Partei*. Ehemalige Mitglieder dieser Parteien bekleideten in Hamburg führende Positionen (Häusler, Roeser 2015:87-88, 99-100). Die Kritik breitet sich schnell auf weitere Landesverbände aus. Innerhalb der *AfD* in Brandenburg und Sachsen finden sich ebenfalls ehemalige Mitglieder der Partei *DIE FREIHEIT*. In Sachsen entstammen etliche *AfD*-Mitglieder der rechten Bürgerbewegung *Pro Chemnitz* und der *Deutschen Sozialen Union*, kurz *DSU* (ebd. 103, 106). Die Thüringer *AfD* gerät ebenfalls aufgrund umstrittener Personalien in die Kritik (ebd. 95). Hiesige Mitglieder wurden bereits vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft oder wegen Volksverhetzung verurteilt (ebd.: 90, 95).

Die Position der *AfD* und ihrer Landesverbände zeigt sich auch in ihrer Nähe zu rechten Plattformen und Zeitungen. Die Thüringer *AfD* pflegt enge Kontakte zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, kurz *PAZ*, und der Zeitschrift *Junge Freiheit* (Häusler, Roeser 2015: 96). In Hamburg und Hessen gibt es Kontroversen um die der Partei nahestehende Plattform *Politically Incorrect* (NDR 2015). *Politically Incorrect* ist eine international vernetzte deutsche Plattform auf der vor allem islamfeindliche Blogbeiträge veröffentlicht werden (Schneiders 2015: 9). Weiter sind Mitglieder des rechten Flügels der *AfD* in Sachsen Mitbegründer der *Patriotischen Plattform*, die sich unter anderem für ein Festhalten an der deutschen Kultur und Sprache und gegen die Herausbildung einer „multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden“ (Häusler, Roeser 2015: 104) ausspricht.

Bei öffentlichen Veranstaltungen, wie der Wahlkampfauftaktveranstaltung in Hamburg, wurden zudem islamfeindliche Ressentiments geäußert. Der Landesvorsitzende Jörn Kruse forderte hier ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen. Ihm zufolge seien Kopftücher und Vollverschleierungen ein Zeichen der Frauenverachtung im Islam. Er sagte in diesem Zusammenhang:

"Was in einigen Männer-Hirnen schiefgelaufen ist, dass sie ihre Frauen und Töchter zwingen, als schwarzes Monster durch die Gegend zu rennen, erschließt sich mir nicht (NDR 2015).“

Wie deutlich wurde, weist die *AfD* in vielen Punkten islamfeindliche und rechtspopulistische Tendenzen auf. In der folgenden Analyse soll es darum gehen, ob diese Ressentiments auch in den Wahlprogrammen der *AfD* offen vertreten werden. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass die *AfD* Zulauf aus allen politischen Lagern und allen Parteien bekam und weiterhin bekommt (Rietzschel 2014).

5. Darstellung der Gruppenkonstruktionen in den Wahlprogrammen der einzelnen Landesverbände

Wie bereits erwähnt (vgl. 4.4) ist die *Alternative für Deutschland* eine junge Partei, die bisher an acht Wahlen teilgenommen hat. Die Analyse wird sich auf die Wahlprogramme der Landesverbände aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Bremen und Hamburg beziehen. Entlang der Forschungsfrage wird zunächst herausgearbeitet, wie die dichotomen Gruppen definiert werden, welche lokalen Besonderheiten es in den Gruppenkonstruktionen gibt und welche Rolle ‚der Islam‘ in den Programmen einnimmt. Ein Vergleich steht dabei nicht im Vordergrund, vielmehr bilden alle Programme einen gemeinsamen Korpus. Die Wahlprogramme werden dahingehend betrachtet, in welchen Kontexten ‚die Anderen‘ und die ‚Wir‘-Gruppe Erwähnung finden. Zusätzlich spielt die Häufung bestimmter Aussagen, so wie die Nennung von Beispielen, eine Rolle. Am Anfang jedes Abschnittes wird zunächst der Umfang und der Aufbau des jeweiligen Wahlprogrammes vorgestellt. In diesem Kapitel geht es um die inhaltliche Beschreibung der Programme und einen abschließenden Vergleich auf eben dieser Ebene. Mit den Interpretationen der Ergebnisse wird sich im sechsten Kapitel befasst.

5.1 Der Landesverband Sachsen

Das Programm der *AfD*-Sachsen umfasst 24 Seiten. Es ist gegliedert in sieben inhaltliche Kapitel und endet mit den Schlussbetrachtungen. Die Kapitel sind mit folgenden Überschriften versehen: Familie; Bildung – Hochschule – Wissenschaft; Finanzen und Wirtschaft; Sachsen in Deutschland und der Welt; Gesundheitspolitik; Sicherheit und Rechtsstaat sowie Medien und Kultur.

Die ‚Wir‘-Gruppe wird als Träger von Werten des „christlichen Abendlandes“ (*AfD* Sachsen 2014: 2) definiert. Die „natürlichste Gemeinschaft“ (ebd.) dieser Gruppe bilde die Nuklear-Familie. Diese solle die „Fortdauer der Gesellschaft“ (ebd.) gewährleisten. Davon abweichende Lebensentwürfe wie die Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare werden abgelehnt (ebd.: 3). Seitens der *AfD* wird im Sächsischen Programm die „Landesidentität“ (ebd.: 19) besonders betont. Diese „garantiert Leistungs- und auch Opferbereitschaft, Gesetzestreue und Solidarität, Toleranz und Stabilität“ (ebd.). Diese Identität speise sich aus einem aufgeklärten Umgang mit der deutschen Geschichte, wobei sich auf ausgewählte Epochen, beispielsweise auf die Befreiungskämpfe des 19. Jahrhunderts, bezogen wird. Sie solle darüber hinaus durch „das Absingen der Nationalhymne“ (ebd.) bei feierlichen Anlässen gefestigt werden. Ein wichtiges Identifikationsmerkmal der ‚Wir‘-Gruppe ist die deutsche Sprache. Diese solle durch eine festgelegte Quote in Rundfunk und Fernsehen gepflegt werden. Zudem müsse das Fach Deutsch in der Schule höher gewichtet werden (ebd.). Personen mit einer „instabilen Landesidentität“ (ebd.) seien eine Gefahr für die Demokratie und würden zu Extremismus neigen. Das Thema der Landesidentität wird wiederholt aufgegriffen. Das Wahlprogramm besagt weiter, die sächsische Bevölkerung brauche keine Kampagnen für Weltoffenheit oder Antidiskriminierungsschulungen. Vielmehr müsse ‚den Einwanderern‘ mit einer starken Identität gegenübergetreten werden, damit jene sich an dieser orientieren können.

Migration und MigrantInnen werden durch die *AfD* vor allem hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Nutzens betrachtet. MigrantInnen sollen anhand ihrer Qualifikation und ihrer „Integrationswillig[keit]“ (ebd.: 17) in Anlehnung an das kanadische Zuwanderungsmodell ausgewählt werden. Die *AfD* beschreibt dieses wie folgt:

„Kern des kanadischen Modells ist ein Punktesystem, das auf hoch qualifizierte Fachkräfte und Unternehmerpersönlichkeiten abzielt, um von Fachkräftemangel betroffene Branchen zu stabilisieren. Kanada sucht sich jene Einwanderer aus, die Kanada gut tun“ (ebd.: 17).

Denn bisher habe die ungesteuerte Einwanderungspolitik dazu geführt, dass die „Integrationskräfte“ (ebd.: 18) der Gesellschaft, definiert als die ‚Wir‘-Gruppe, überfordert würden. In der Folge entstünden Parallelgesellschaften, in denen sich die

„schlecht qualifizierten und schlecht integrierten“ (ebd.) MigrantInnen auf Staatskosten abgekoppelt hätten (ebd.).

5.2 Der Landesverband Brandenburg

Das Wahlprogramm für die Landtagswahl der *AfD* in Brandenburg umfasst 42 Seiten, wobei 12 Seiten aus Abbildungen von Wahlplakaten bestehen. Gegliedert ist das Programm in fünf Kapitel. Das erste Kapitel ist eine Einleitung entlang der Frage, wieso aus Sicht der *AfD* ein Politikwechsel in Brandenburg nötig sei. Das zweite Kapitel umfasst „Brandenburgs Zukunftsperspektiven“ (*AfD* Brandenburg 2014: 3). Das eigentliche Programm für die Landtagswahl bildet das dritte Kapitel. Es unterteilt sich in folgende Punkte: Identität; Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken; Familie stärken; Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche schaffen; Langes Leben im ländlichen Raum; Bildungshunger wecken, lernende Gesellschaft fördern; Kulturpolitik: Kultur wertschätzen und fördern; Freiheit und Sicherheit gewährleisten; Arbeit und Kaufkraft schaffen; Flächendeckenden Ausbau des Internet-Breitbandnetzes verwirklichen; Verkehrsknotenpunkte und Märkte der Kommunikation schaffen; Aderlass durch BER-Abenteuer beenden; Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik. Im Anschluss folgen der Wahlaufruf und das Impressum als die Punkte vier und fünf.

Deutschland wird innerhalb des Brandenburger Wahlprogrammes als „Zuwanderungsland“ (ebd.: 8) bezeichnet. Dennoch findet eine Aufteilung zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘ statt.

Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung: Diese Errungenschaften seien das Ergebnis der durch die ‚Wir‘-Gruppe tradierten kulturellen Wertemuster, die die gemeinsame Identität prägen und im Wahlprogramm eine kontinuierliche Erwähnung finden. Die kulturelle ‚Wir‘-Identität beruhe auf verschiedenen Faktoren: sie bestehe aus der Kulturlandschaft, der deutschen Sprache, den historischen Erfahrungen und der Vermittlung von Werten durch Familie und Gesellschaft (ebd.). Auch hier gilt die Familie als „Keimzelle“ (ebd.: 26) der Gesellschaft, die auf „die Weitergabe von Leben ausgerichtet“ (ebd.) ist.

MigrantInnen als ‚die Anderen‘ finden in diesem Wahlprogramm vor allem im Zuge von Kriminalitätsbekämpfung Erwähnung. Es bestehe ein besonderer Handlungsbedarf zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der „Ausländerkriminalität“ (ebd.). Dabei übertreffe, so die *AfD*, der Ausländeranteil⁹ am Gesamtaufkommen der Kriminalität den Ausländeranteil in der Bevölkerung bei Weitem. Besonders besorgniserregend sei hierbei die Jugendkriminalität. Die Partei fordert die Erfassung der Staatsangehörigkeit sowie des Migrationshintergrundes von Tätern in die Kriminalitätsstatistiken, um diese aussagekräftiger zu machen (ebd.). Die Brandenburger *AfD* plant zudem, die Fälle der „zwingenden Ausreise“ (ebd.: 26) straffälliger Ausländer auszuweiten und die kriminalitätsbezogenen Ausschlussgründe für die Einbürgerung zu verschärfen (ebd.). Die „halbherzige Haltung“ (ebd.) des Staates gegenüber diesen Problemen führe in der Mehrheitsgesellschaft zu Unverständnis und gebe „ausländerfeindlicher Agitation“ (ebd.) Nahrung. Ebenfalls kriminalisiert werden ‚die Anderen‘ indem ihnen pauschal eine Einwanderung in die Sozialsysteme aufgrund finanzieller Anreize und ein wirtschaftlich motivierter Missbrauch des Asylrechts vorgeworfen wird (ebd.: 24-26).

5.3 Der Landesverband Thüringen

Das Thüringer Wahlprogramm umfasst 31 Seiten und teilt sich in elf Abschnitte. Nach der einleitenden Präambel folgen die Kapitel: Familie; Demographie und Zuwanderung; Gesundheit; Bildung; Wissenschaft und Kultur; Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht; Offener Regierungs- und Verwaltungshandel; Haushaltspolitik, Wirtschaft, Verkehr und Tourismus; Landwirtschaft; Energieversorgung und die Schlussbetrachtung.

In diesem Wahlprogramm wird die ‚Wir‘-Gruppe kontextuell in Bezug auf Europa, Deutschland und Thüringen gebildet. Die Europäische Identität bezieht sich bei genauerer Betrachtung auf die „Vaterländer“ (*AfD* Thüringen 2014: 4-5) Europas und ergibt sich demnach aus den Landesidentitäten, welche gepflegt und verteidigt werden müssen (ebd.). Die sogenannte deutsche Identität gründe sich auf Freiheit und

⁹ Die Begriffe Ausländer, Einwanderer und Zuwanderer werden in dieser Form von der *AfD* in ihren Programmen verwendet. Sie werden daher in der Folge nicht genderneutral formuliert, um auf den Wortlaut der Partei hinzuweisen

Wirtschaftlichkeit. Meinungsfreiheit wird als Fundament für die demokratische Ordnung und die Rechtsstaatlichkeit Deutschlands beschrieben (ebd.: 4, 6). Der Erhalt der „kulturellen Identität“ (ebd.: 7) und der gesellschaftlichen Werte hänge, so die *AfD*, mit der Identifikation mit „der Heimat“ (ebd.) zusammen. Das Familienkonstrukt, entsprechend den bisher betrachteten Programmen aus Sachsen und Brandenburg (ebd.: 6), wird auch in Thüringen als Kern der Gesellschaft definiert (ebd.).

Eine Einwanderung durch klare Regeln nach kanadischem Vorbild fordert auch der Thüringer Landesverband. Auffallend ist die starke Kriminalisierung ‚der Anderen‘. Die Stereotypisierungen entsprechen den in Kapitel 5.2 ausgeführten Punkten. So müsse unter anderem der Missbrauch von Sozialleistungen, sowie der doppelten Staatsbürgerschaft verhindert werden (ebd.: 8).

Auffallend ist die Erwähnung ‚der Anderen‘ unter dem Abschnitt „Massentierhaltung“. Die *AfD* betont, dass sie die Schächtung als Schlachtmethode ablehne, da es die grausamsten und langwierigsten Todesqualen verursache. Diese Schlachtmethode hätte in Deutschland keine Tradition, denn „gute Landwirte vermeiden immer Qualen für Tiere. Dies wollen wir beibehalten“ (ebd.: 26).

5.4 Der Landesverband Bremen

Das Bremer Wahlprogramm besteht aus 67 Seiten und ist somit das ausführlichste Programm. Es gliedert sich in sechs Abschnitte. Das erste Kapitel umfasst die Themen „Bildung, Familie und Soziales“ (*AfD* Bremen 2015: 5). Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit „Finanzen und Wirtschaft“ (ebd.), das dritte Kapitel mit „Innere[r] Sicherheit“ (ebd.), das Vierte mit „Integration und Zuwanderung“ (ebd.) und das Fünfte mit „Lebendiger Demokratie“ (ebd.). An letzter Stelle steht das Schlusswort.

Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit werden von der Bremer *AfD* als charakteristisch für Deutschland betont. Diese Errungenschaften seien durch die Aufklärung und die „abendländische Kultur“ (ebd.: 37) entstanden und müssten gegen Anfeindungen vertreten und erhalten werden (ebd.). Um die viel zitierte deutsche Identität zu stärken, soll in den Kindergärten Deutsch als grundlegende Verkehrssprache vorgeschrieben werden. Die Forderungen der amtierenden SPD-Regierung, unter-

schiedliche Sprachen in KITAS zu fördern, werden seitens der Bremer *AfD* abgelehnt. In der Schule soll ein positiver Bezug „zu Deutschland, seiner Kultur und unseren demokratischen Traditionen“ (ebd.: 4) geschaffen werden. Im Fokus des Geschichtsunterrichts müssten demnach die demokratischen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts stehen. Zudem soll auch nach Vorstellungen der Bremer *AfD* das Schulfach Deutsch eine stärkere Gewichtung erhalten. Mit diesen Forderungen einhergehend soll in der Pädagogik eine „Hinwendung zur deutschen Identität“ (ebd.) vermittelt werden, welche Halt und Orientierung biete (ebd.).

Das Bremer Wahlprogramm unterscheidet sich im Vergleich zu allen hier betrachteten Wahlprogrammen in der Vorstellung der Familienkonstruktion. Homosexualität wird hier als Bestandteil der „Bandbreite menschlicher Sexualität“ (ebd.: 10) betrachtet. Diese Aussage steht in Verbindung mit möglichen Gefahren die durch islamistischen Terror ausgehen, vor denen Homosexuelle geschützt werden müssten. Zudem müsse die Gleichberechtigung von Mann und Frau „auch in streng religiösen Milieus“ geschützt werden (ebd.: 10-11).

Eine weitere Besonderheit des Bremer Wahlprogrammes ist der Abschnitt über die „Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus, Rassismus und Deutschlandfeindlichkeit“ (ebd.: 44): Es wird angemerkt, dass neben Links- und Rechtsextremismus auch die „Deutschlandfeindlichkeit“ (ebd.), definiert als latenter Rassismus gegenüber Deutschen, bekämpft werden müsse. Rassismus sei in „Zuwandererkreisen“ (ebd.) genauso verbreitet wie in der Mehrheitsgesellschaft. Hier wird deutlich eine Trennlinie zwischen MigrantInnen als ‚die Anderen‘, die ausdrücklich keine Deutschen sind, und ‚den Deutschen‘ als Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft gezogen (ebd.).

Auch der Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist präsent. Es wird gefordert, dass keine Strafminderungen aufgrund von religiösen oder kulturellen Umständen gewährt werden sollen. Zudem sollen straffällige Ausländer zügig abgeschoben werden. Parallelgesellschaften werden nicht geduldet, was bedeutet, dass keine parallelen Gesellschafts- und Rechtsordnungen akzeptiert würden. Dabei sei eine tolerante Haltung gegenüber den Feinden der deutschen Werteordnung inakzeptabel (ebd.: 37, 39-40).

5.5 Der Landesverband Hamburg

Das Programm für die Bürgerschaftswahl in Hamburg umfasst 28 Seiten und ist in folgende acht Abschnitte unterteilt: Präambel; Hamburgs Zukunft braucht Bildung; Wirtschaftspolitik, Forschung und Finanzen; Innere Sicherheit; Zuwanderung und Asyl; Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Wohnungsbau; Soziales, Gesundheit, Senioren und Umwelt und ein abschließendes Schlusswort.

Die Hamburger ‚Wir‘-Gruppe wird als wirtschaftsliberal, wertkonservativ und leistungsorientiert konstruiert. Die bürgerliche Kultur, Tradition und Tugend beruhe auf dem Freiheitsstreben, welches aus der gemeinsamen abendländischen Geschichte entstanden sei (*AfD* Hamburg 2015: 5, 18). Die gemeinsamen Werte seien Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, sowie das Primat des Rechtsstaates und der Demokratie (ebd.: 8).

Die Hamburger Vertreter der *AfD* fordern eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit der ‚eigenen‘ Kultur und ‚fremden‘ Kulturen (ebd.: 7). Diese Aussage impliziert einen geschlossenen Kulturbegriff, der von sich gegenüberstehenden, dichotomen Kulturen ausgeht. ‚Die Anderen‘ finden vor allem in Bezug auf das Thema Kriminalität Erwähnung. So fordert die Hamburger *AfD* die Aufnahme der „Ethnie bzw. des Migrationshintergrundes“ (ebd.: 17) in die polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Denn die Staatsangehörigkeit allein sei nicht aussagekräftig, „wenn es um Probleme durch bestimmte ethnische Gruppen geht“ (ebd.).

Unter dem Abschnitt „Leitlinien gegen Extremismus“ schreibt die *AfD* (ebd.: 17) sie schätze und respektiere den Islam als Weltreligion. Im gleichen Abschnitt warnt die Partei vor den Gefahren der „politischen Ideologie“ (ebd.: 17-18) im Islam.

Ein ähnliches Vorgehen ist beim Thema Migration zu erkennen. Zunächst heißt es, Migration hätte die Gesellschaft in Hamburg belebt und dabei geholfen den Arbeitskräftemangel zu überwinden und zudem neue kulturelle Angebote hervorgebracht. Nach dieser kurzen Einleitung geht es anschließend um die Probleme in den Stadtteilen, die gefährdete „Innere Sicherheit“ (ebd.: 19) und die Entstehung ungewollter Parallelgesellschaften. Integration sei schwierig und aufwendig, vor allem in die „komplexen Hochleistungskulturen westlicher Industrieländer“ (ebd.). Daher bedürfte es einer Steuerung von Migration. Es sollen:

„vor allem solche Menschen zu uns kommen, denen es nach aller Erfahrung mit hoher Wahrscheinlichkeit gelingen wird, sich zügig in die Anforderungen von Beruf und Arbeitswelt, aber auch von Kultur und Gesellschaft, einzufinden und selbstbestimmt zu verwurzeln“ (ebd.: 19).

Diese Steuerung solle auch hier, wie in allen Wahlprogrammen durch ein Punktesystem ähnlich dem Kanadischen Modell erfolgen (ebd.). Ebenfalls präsent im Hamburger Wahlprogramm ist die Kriminalisierung von MigrantInnen. Es wird von einer vermeintlichen Gefahr durch den Missbrauch von Leistungen durch MigrantInnen gesprochen. So müsse eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“ (ebd.: 20) verhindert werden. Konkret bedeutet dies: Anreize und Leistungen für „Zuwanderer“ (ebd.) reduzieren und den Familiennachzug einschränken. Besonders Sorge sich die *AfD* um die Armutseinwanderung aus Serbien und Mazedonien durch „sogenannte Roma“ (ebd.). Darauf bezogen fordert sie eine Einschränkung der europäischen Visafreiheit (ebd.).

5.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

Alle Wahlprogramme haben gemein, dass von geschlossenen, dichotomen Kulturen und Identitäten ausgegangen wird.

Den Kern der ‚Wir‘-Gruppe bildet, bis auf die Bremer Ausnahme, in allen Landesprogrammen die Nuklear-Familie, dessen Funktion in der Weitergabe von Leben besteht. Dabei wird ein konservativer Familienentwurf vertreten, der somit auch einen Teil der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausschließt bzw. diese ebenfalls als ‚die Anderen‘ konstruiert. Die Werte der ‚Wir‘- Gruppe ergeben sich, wie in Hamburg, Bremen und Sachsen formuliert, aus der vermeintlichen gemeinsamen ‚abendländischen Geschichte‘. In Brandenburg und Thüringen taucht diese Bezeichnung nicht auf, allerdings werden die hier verwendeten Begriffe Landesidentität und kulturelle Identität entsprechend definiert. Es wird demnach in allen Programmen auf die gemeinsamen Werte gegenüber ‚den Anderen‘ verwiesen. Diese Werte sollen durch verschiedene Forderungen gefördert und verteidigt werden.

‚Die Anderen‘ werden in allen Programmen kriminalisiert. Es wird vor Missbrauch von Sozialleistungen und der doppelten Staatsbürgerschaft sowie vor der Einwanderung in die Sozialsysteme gewarnt. Betont wird, dass MigrantInnen überdurch-

schnittlich oft straffällig werden, woraus eine Gefährdung der Mehrheitsgesellschaft entstehe. Auch wenn der Vergleich der Landesverbände nicht im Fokus dieser Betrachtung steht, sei darauf hingewiesen, dass es regionale Unterschiede gibt. Im Sächsischen Programm spielt die Kriminalisierung von MigrantInnen keine besondere Rolle. Dafür wird explizit betont, dass die dortige Bevölkerung keine sogenannten Kampagnen für Weltoffenheit oder Antidiskriminierungsschulungen brauche. Vielmehr müssten sie den Einwanderern mit einer starken Landesidentität gegenüber stehen, damit jene sich an dieser orientieren können. Diskussionen um ‚den Islam‘ sind auf den ersten Blick, mit Ausnahme des Hamburger Programmes, nicht präsent. Auf diesen Aspekt wird in der folgenden Analyse eingegangen.

6. Diskussion der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der bisherigen Analyse diskutiert. Zunächst wird auf das viel zitierte ‚christliche Abendland‘ eingegangen. Im anschließenden Abschnitt werden die Gruppenkonstruktionen, die in Kapitel 5 herausgearbeitet wurden, anhand der Orientalismustheorie von Edward Said und speziell der Praxis des *Othering* analysiert. Hierfür spielen die Homogenisierung und die Hierarchisierung von vermeintlich abgeschlossenen Kulturen, sowie die Problematisierung von MigrantInnen und deren ‚Fremdheit‘ und ‚Andersartigkeit‘ eine Rolle. Zudem werden speziell islamfeindliche Elemente innerhalb der Wahlprogramme betrachtet.

6.1 Exkurs: ‚Der Islam‘ als Teil der europäischen Kultur

Die Konstruktion dichotomer Gruppen in den Wahlprogrammen der *AfD* stützt sich auf die Annahme einer gemeinsamen Geschichte der ‚Wir‘-Gruppe, welche sich auf das ‚christlichem Abendland‘ beziehe. Diese Annahme impliziert, dass ‚der Islam‘ aus Sicht der *AfD* nicht zu Deutschland gehöre. Damit übernimmt die *AfD* ein Bild, welches Edward Said in seiner Studie bereits 1987 aufzeigte. Eine Vielzahl an WissenschaftlerInnen sind sich dagegen einig, dass diese Annahme falsch ist und ‚der Islam‘ historisch und gegenwärtig ein fester Bestandteil Europas ist (Bühl 2010: 133; vgl. Yilmaz 2012: 13; vgl. Hoffmann 2000: 73). ‚Der Islam‘ wird hier weniger als

Religion betrachtet, sondern mehr als geografischer Raum, der durch ‚den Islam‘ geprägt wurde. Im Rahmen dieser kritischen Diskursanalyse soll dieses Bild an dekonstruiert werden. Dabei wird sich exemplarisch auf den Bereich der Wissenschaft bezogen, welcher nur eine Betrachtungsebene darstellt.

Europa ist zutiefst durch islamischen Einfluss geprägt und in der heutigen Form ohne ‚den Islam‘ nicht denkbar, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„Es gibt kaum einen Sektor der westlichen Tradition, der nicht von der islamischen Welt bereichert worden ist: ‚Speisen und Getränke, Drogen und Medikamente, Waffen und Wappen, industrielle, kaufmännische und die Schifffahrt betreffende Methoden, dann wieder künstlerische Motive und Geschmacksrichtungen [...], eine das ganze Ausmaß des islamischen Beitrags aufzeigende Liste würde Seiten füllen, ohne Vollständigkeit zu beanspruchen“ (Gustav Edmund von Grunabaum zitiert nach Bergmeier 2014: 190).

Dieses Erbe der Antike, auf welches sich die Verfechter der Theorie des ‚christlichen Erbes‘ Europas stützen, die Erkenntnisse der griechischen Philosophen, Ärzte und Naturwissenschaftler, die den Grundstein der modernen Wissenschaft legten, wären im ‚christlichen Abendland‘ in Vergessenheit geraten, wären sie nicht über das maurische Spanien ab dem 11. Jahrhundert wieder zurück nach Europa gelangt (Bühl 2010: 98). Große Teile dieses Wissens wurden nach dem Untergang des römischen Reiches durch arabische und islamische Gelehrte erhalten, ins Arabische übersetzt, mit den eigenen wissenschaftlichen Erkenntnissen zusammengeführt und so auch für die späteren europäischen Universitäten erhalten (Bühl 2010: 98; Bergmeier 2014: 189; vgl. Yilmaz 2012: 16). Die ‚arabisch-islamische Kultur‘ ist zudem tief im deutschen Sprachgebrauch verwurzelt. Arabische Wörter finden sich in nahezu allen Bereichen, wie beispielsweise in der Ernährung und in der Wissenschaft (Bühl 2010: 124).

Auch wenn sich, wie eingangs erwähnt, die Fach- und Forschungsliteratur über die Bedeutung des arabischen Einflusses für die als solche konstruierte europäische Kultur weitestgehend einig ist (Bergmeier 2014: 192-193; Bühl 2010: 98), wird dieser Aspekt in der Geschichtsschreibung weitestgehend verdrängt (Bergmeier 2014: 194; Naumann 2010: 24). Die historischen Ereignisse werden von vielen Akteuren, in diesem Falle der *AfD*, nicht beachtet. Sie widersprechen dem konstruierten Bild ‚der Anderen‘ sowie dem Bild eines „rückständigen Islams“ (Bühl 2010: 106) und des

„intellektuell unterlegenden Muslims“ (ebd.). Die Konstruktion der europäischen Kultur als ‚christlich-abendländisch‘ ist daher zutiefst antimuslimisch (ebd.: 273). „Dieses europäische Selbstverständnis wirkt bis heute als fremdenfeindliches Identitätskonstrukt nach“ (ebd.) und missachtet die kulturelle Vernetzung ‚der arabisch-islamischen Welt‘ mit Europa (ebd.: 274).

Dies zeigt, dass geografische Räume, vermeintliche Kulturräume, nicht als abgeschlossene Bereiche betrachtet werden können. Es findet ein stetiger Wissensaustausch in beide Richtungen statt. Dies geschieht nicht nur, wie in diesem Beispiel aufgezeigt, im Bereich der Wissenschaft, sondern ebenso auf Alltagsebene. Dieser fortlaufende Prozess ist nicht auf den Austausch zwischen ‚islamischer Welt‘ und Europa begrenzt, sondern gilt für alle Regionen unserer Welt.

Die Betonung besonderer christlicher Werte wirft zudem die Frage auf, ob diese überhaupt als rein christlich verstanden werden können oder ob diese nicht vielmehr in nahezu allen und dabei nicht nur religiös geprägten Weltanschauungen zu finden sind? Die meisten grundlegenden, vermeintlich christlichen Werte finden sich als Ver- und Gebote in allen Strafgesetzbüchern dieser Welt wieder (Bergmeier 2014: 195-196).

Trotz alledem finden sich entsprechende Annahmen und damit verbundene Stereotype bei der *AfD* und darüber hinaus in großen Teilen der Gesellschaft bis heute wieder.

6.2 Die Verknüpfung der Gruppenkonstruktionen mit der Orientalismustheorie

Die Art der Konstruktion einer ‚Wir‘- Gruppe gegenüber ‚den Anderen‘ in den Wahlprogrammen der *AfD* erinnert in vielerlei Hinsicht an die Strukturen, welche Edward Said in seiner Studie *Orientalism* beschreibt.

Zunächst homogenisiert die *AfD* MigrantInnen, indem sie ohne weitere Differenzierungen nur von ‚den Zuwanderern‘ oder ‚den Einwanderern‘ spricht. MigrantInnen werden nicht als Individuen betrachtet, sondern entlang vermeintlich allgemeingültiger ethnischer bzw. kultureller Merkmale klassifiziert. Mit welchen Zuschreibungen

die Gruppe ‚der Anderen‘ versehen wird, wird im Laufe der Analyse ausführlich behandelt.

‚Den Anderen‘ gegenüber steht ein ebenfalls als homogen konstruiertes ‚Wir‘, welches als demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft mit gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen ‚abendländischen Geschichte‘ dargestellt wird. Diese Betrachtungsweise von sich gegenüberstehenden geschlossenen Kulturen wird als politische Argumentationsplattform genutzt. So wird Migration als Prozess verstanden, der Kulturen aufeinander prallen lässt (vgl. Jöhler 2007: 19). Deutlich wird dies unter anderem in dem Wahlprogramm für Sachsen: Die *AfD* schreibt, dass sich ‚den Einwanderern‘ mit einer starken deutschen Identität gegenübergestellt werden müsse (vgl. *AfD* Sachsen 2014: 19).

Die als homogen konstruierten Gruppen werden hierarchisiert. Deutschland, als Land der ‚Wir‘-Gruppe, wird als „komplexe Hochleistungskultur“ (*AfD* Hamburg 2015: 19) beschrieben, dessen Anforderungen „etliche Migranten“ (ebd.) nicht gewachsen seien. Zur Gruppe der MigrantInnen scheinen dabei ausschließlich Menschen aus nicht westlichen Gesellschaften mit vermeintlich weniger komplexen beruflichen Anforderungen zu gehören (ebd.). So werden der eigenen Gruppe positive Attribute zugeschrieben, während ‚die Anderen‘ mit negativen Zuschreibungen versehen werden. In Saids Theorie wird eine solche Hierarchisierung mit Europa an der Spitze unter anderem mit dem Überlegenheitsgefühl ‚der Europäer‘ gegenüber ‚dem Orient‘ erklärt (Said 1981: 14-15).

Die Konstruktion der Gruppe ‚der Anderen‘ in den Wahlprogrammen der *AfD* geht mit einer Problematisierung von Migration bzw. von MigrantInnen einher. Deutlich wird dies unter anderem im Hamburger Wahlprogramm: Die vermeintliche Gemeinsamkeit der MigrantInnen wird hier durch tiefgreifende Probleme in der Schule, in der Ausbildung und in den Stadtteilen gekennzeichnet (*AfD* Hamburg 2015: 17, 19). Die bloße Existenz ‚der MigrantInnen‘ sei ein nicht kontrollierbarer Konfliktherd, ihre ‚Andersartigkeit‘ unvereinbar mit der eigenen Kultur, sodass es zwangsläufig zu destruktiven Auseinandersetzungen kommen müsse. Das sichere Leben der Mehrheitsgesellschaft könne mit ‚den Anderen‘ in ihrer Mitte nicht fortbestehen. Auffallend ist die starke Verknüpfung von Migration und Kriminalität. So fordern die Brandenburger und die Hamburger *AfD* die Aufnahme der Staatsangehörigkeit, der Ethnie oder des Migrationshintergrundes von Straffälligen in die Kriminalstatistiken (*AfD* Ham-

burg 2015: 17; *AfD* Brandenburg 2014: 24-25). Grund hierfür sei, dass ein Großteil der Täter „nicht-deutsch“ (*AfD* Bremen 2015: 39) sei. An diesen Stellen bleibt offen, wer hier als „nicht-deutsch“ (ebd.) bzw. als Ausländer definiert wird und woher die *AfD* diese Information bezieht. Zudem lässt sich schlussfolgern, dass deutsche Staatsbürger aus Sicht der *AfD* nicht unbedingt auch ‚deutsch‘ im Sinne der ‚Wir‘-Gruppe sind, zum Beispiel dann nicht, wenn sie einen Migrationshintergrund haben.

Die Bremer *AfD* lehnt es zudem ab, Tätern Strafmilderungen aufgrund von kulturellen, religiösen oder sozialen Umständen zu gewähren (ebd.). Des Weiteren plant die *AfD* in Brandenburg die Fälle der „zwingenden Ausreise“ (*AfD* Brandenburg 2014: 26) straffälliger Ausländer auszuweiten und die kriminalitätsbezogenen Ausschlussgründe für die Einbürgerung zu verschärfen (ebd.). Die vermeintliche Gefahr durch ‚die Anderen‘ konstruiert eine Bedrohungssituation: Eine Bedrohung der ‚abendländischen Kultur‘ entstehe, so die Partei, durch Kulturen, welche die deutschen Grundsätze offen ablehnen (*AfD* Bremen 2015: 37). Welche dies konkret seien sollen, bleibt ebenfalls offen.

Die ‚Fremdheit‘ und ‚Andersartigkeit‘ der MigrantInnen wird mit dem Verweis auf kulturelle Differenzen begründet (Johler 2007: 14). Die Kultur der MigrantInnen wird als ein Hinderungsgrund für gelungene Integration angesehen. Um sich erfolgreich zu integrieren, müsse demnach die ‚Heimatkultur‘ zumindest teilweise abgelegt und dafür die ‚deutsche Kultur‘ angenommen werden (ebd.: 44). Die politischen Forderungen nach Assimilation von MigrantInnen befördern eine vermeintliche kulturelle Andersartigkeit und schaffen eine Basis auf der sich Misstrauen und Angst innerhalb der Bevölkerung verbreiten können (Johler 2007: 50; Kürsat-Ahlers 2002: 323). ‚Den Fremden‘ wird zudem häufig, wie in den Programmen deutlich zu erkennen, eine geringere (wirtschaftliche) ‚Wertigkeit‘ zugemessen. Sie werden als Gefahr, als Bedrohung oder als Ursache sozialer Probleme betrachtet (Johler 2007: 15).

Nach Ansicht der *AfD* liegt die heutige freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands in seiner ‚christlich-abendländischen Geschichte‘ begründet (*AfD* Bremen 2015: 37). Dabei gründete sich dieses, wie bereits erwähnt, von Beginn an gegenüber einem imaginierten ‚Anderen‘. Als das ‚Andere‘ fungierten allen voran ‚das Judentum‘ und ‚der Islam‘, so Bühl. Somit sei diese Bezeichnung „zutiefst anti-jüdisch und antimuslimisch“ (Bühl 2010: 273). Dieses Identitätskonstrukt, aus wel-

chem sich ein europäisches Selbstverständnis gebildet hat, wirkt bis heute nach (ebd.).

Die Programme der einzelnen Bundesländer lassen nicht erkennen, wer ‚die Anderen‘ sein sollen. Es wird von ‚den Einwanderern‘, ‚den Zuwanderern‘ oder ‚den Ausländern‘ gesprochen. Wenn bestimmte Aussagen präzisiert werden, handelt es sich in nahezu allen Fällen um muslimische MigrantInnen. Die *AfD* macht deutlich, dass sie ‚den Islam‘ als Gefahr wahrnimmt. Es werden Ängste geschürt und islamfeindliche Einstellungen gestärkt. Die Vielfalt und innere Differenz islamischer Religionen wird verkannt und MuslimInnen die Möglichkeit des individuellen Handelns abgesprochen. Die *AfD* beschreibt religiöse Symbole als integrationsfeindlich. Auch hier fällt auf, dass die genannten Beispiele wie die Vollverschleierung und das Kopftuch solche sind, die mit ‚dem Islam‘ in Verbindung gebracht werden. So weist Müller-Uri darauf hin, dass vor allem die Diskussionen um das Kopftuch zum Sinnbild der Unterdrückung von muslimischen Frauen geworden ist und zugleich als Aushängeschild des „aufgeklärten Europas“ (Müller-Uri 2014: 8) im Gegensatz zum „rück-schrittlichen Islam“ (ebd.) fungiert. Dass diese Symbole als integrationsfeindlich gelten impliziert, dass ihre TrägerInnen sich integrieren müssen, also demnach nicht Deutsch sein können. Kopftuchtragende Personen werden somit aus der Gruppe des ‚Deutschseins‘ systematisch ausgeschlossen, obgleich es sich hierbei um zwei semantisch unterschiedliche Kategorien handelt. Im Hamburger Programm schreibt die *AfD*, sie schätze und respektiere den Islam als Weltreligion. Die Einordnung dieser Aussage unter dem Abschnitt „Leitlinien gegen Extremismus“ (*AfD* Hamburg 2015: 17-18) impliziert jedoch Gefahren durch ‚den Islam‘. Verstärkt wird dies, indem die *AfD* explizit vor den Gefahren der „politischen Ideologie im Islam“ (ebd.) warnt. So schürt die Partei Ängste vor ‚dem Islam‘ und stärkt islamfeindliche Einstellungen (ebd.: 17-18).

Die Art und Weise, wie die *AfD* in ihren Programmen Gruppen konstruiert, diese einander gegenüberstellt, sie mit bestimmten Eigenschaften und Merkmalen versieht und sie somit in Said’s Worten orientalisiert, birgt große Gefahren. Diese besteht vor allem darin, dass diese Orientalisierung ein Bild ‚der Anderen‘ schafft, welches durch seine fortlaufende Wiederholung und die fehlende Reflexion zunehmend als wahr eingestuft wird. Die Tatsache, dass dieses identitätsstiftende Gegenüber konstruiert ist und keineswegs als wahre Gegebenheit betrachtet werden darf, gerät in

Vergessenheit. Die Forderung nach Assimilation und Integration der MigrantInnen impliziert die Annahme, dass diese ausschließlich von ‚den Anderen‘ geleistet werden müsse und in diesem Zusammenhang auftretende Konflikte von Ihnen zu verantworten seien.

7. Fazit

Zunächst soll an dieser Stelle die Frage beantwortet werden, inwiefern (muslimische) MigrantInnen und deutsche Personen mit Migrationshintergrund in den Wahlprogrammen der *Alternative für Deutschland* als ‚die Anderen‘ konstruiert und einem ‚Wir‘, welches als christlich-abendländisch homogene deutsche Gesellschaft benannt wird, gegenübergestellt werden.

‚Die Anderen‘, das sind aus Sicht der *AfD* Ein- und Zugewanderte, AusländerInnen sowie deutsche StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund. Ihnen werden überwiegend negative Attribute und Eigenschaften zugeschrieben, womit sie eine Gefahr für die deutsche ‚Wir‘- Gruppe darstellen. Gefahren entstehen hierbei zum Beispiel durch die vermeintlich hohe Ausländerkriminalität.

Muslimische MigrantInnen und ‚der Islam‘ sind in den Programmen nicht in dem Maße präsent, wie es die personelle Zusammensetzung der Partei und die öffentlichen Äußerungen wie bei der Wahlauftaktveranstaltung in Hamburg hätten vermuten lassen. Dennoch fällt auf, dass sie als Beispiel für die Unvereinbarkeit ‚der Anderen‘ mit den vermeintlichen deutschen Werten genannt werden. Die Programme zeigen zudem, dass die *AfD* deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund nicht als ‚deutsch‘ im Sinne der ‚Wir‘- Gruppe ansieht. Für die *AfD* scheint Deutschsein demzufolge eine Frage der Herkunft der Eltern und Großeltern zu sein. Zwar fordert die *AfD* eine Integration und Assimilation der MigrantInnen an den deutschen Wertekanon, Deutsch werden können die MigrantInnen dadurch aber wie es scheint nicht.

In Anbetracht der Ergebnisse dieser Arbeit ist festzustellen, dass sowohl innerhalb der *AfD* als auch in ihrer Wählerschaft islamfeindliche und rassistische Ressentiments verbreitet sind. Hinzu kommt der Umstand, dass die *Alternative für Deutschland* offensichtlich islamfeindliche Äußerungen formulieren kann, ohne dass sich die etablierten Parteien eindeutig gegen diese positionieren. Dies bedeutet, dass Formen

von Rassismus nicht als Randphänomen betrachtet werden können. Hier gibt es weiterhin großen Forschungsbedarf.

In dieser Diskursanalyse wurden ausschließlich Wahlprogramme betrachtet. An diese Arbeit anschließen könnte sich eine Analyse weiterer Ausdrucksformen der *AfD* wie Wahlveranstaltungen, Pressemitteilungen, Leitlinien oder ähnliches. Interessant wäre zudem zu untersuchen, was eine Analyse von Wahlprogrammen anderer Parteien, wie beispielsweise von CDU oder CSU, hervorbringen würden.

Im Laufe der Arbeit wurde darauf eingegangen, dass politische Parteien eine besondere Rolle innerhalb von gesellschaftlichen Diskursen und der politischen Willensbildung einnehmen. Im Bezug hierzu stellt sich die Frage, was es für MigrantInnen bedeutet, durch politische VertreterInnen als ‚die Anderen‘ markiert und ausgegrenzt zu werden. Politischen Schriften wird ein großer Wahrheitsgehalt zugesprochen, sie produzieren faktisches Wissen. An dieser Stelle sei auf Reinhard Johler hingewiesen, der es als Aufgabe der Sozialwissenschaften sieht, durch Forschungen jenseits der städtischen Problemgebiete der Problematisierung von Migration und deren Folgen entgegenzuwirken und Migration als normales Phänomen zu beleuchten. Dabei sei es von immenser Wichtigkeit, die Kategorisierung von MigrantInnen als solche nicht zu reproduzieren (Johler 2007: 55).

Literaturverzeichnis

- Alternative für Deutschland Landesverband Brandenburg (2014): Mut zu Brandenburg: Das Programm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl am 14. September 2014 [online], <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/Landtagswahlprogramm-komplett.pdf> [25.11.2015]
- Alternative für Deutschland Landesverband Bremen (2015): Wahlprogramm 2015 [online], http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf [25.11.2015]
- Alternative für Deutschland Landesverband Hamburg (2015): Wahlprogramm: Bürgerschaftswahl 2015 [online], <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> [25.11.2015]
- Alternative für Deutschland Landesverband Sachsen (2014): Wahlprogramm 2014: Langfassung [online], http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [25.11.2015]
- Alternative für Deutschland Landesverband Thüringen (2014): Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 [online], http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf [25.11.2015]
- Attia, Iman (2009): *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes: Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*, Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Barskanmaz, Cengiz (2009): Das Kopftuch als das Andere. Eine notwendige postkoloniale Kritik des deutschen Rechtsdiskurses, In: Berghahn, Sabine und Petra Rostock (Hrsg.): *Der Stoff aus dem Konflikte sind*, Bielefeld: Transcript Verlag. S. 361-394
- Bednowski, David (2015): *Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Beer, Bettina (2010): Ethnos, Ethnie, Kultur, In: Beer, Bettina und Hans Fischer (Hrsg.): *Ethnologie: Einführung und Überblick*, 6. Aufl., Berlin: Dietrich Reimer Verlag GmbH. S. 53-72
- Benz, Wolfgang (2013): *Die Feinde aus dem Morgenland: Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet*, 2. Aufl., München: Verlag C.H. Beck.

- Bergmeier, Rolf (2014): *Christlich-abendländische Kultur. Eine Legende: Über die antiken Wurzeln, den verkannten arabischen Beitrag und die Verklärung der Klosterkultur*, Aschaffenburg: Alibri Verlag.
- Bielefeld, Heiner (2013): „Feindbild“ Islam, In: Ucar, Bülent (Hrsg.): *Islam im europäischen Kontext. Selbstwahrnehmungen und Außensichten*, Reihe für Osnabrücker Islamstudien, Bd. 9, Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaft. S. 367-378
- Bühl, Achim (2010): *Islamfeindlichkeit in Deutschland: Ursprünge\Akteure\Stereotype*, Hamburg: VSA Verlag.
- Deutschlandfunk o.V. (2015): AfD verliert zehn Prozent ihrer Mitglieder [online], http://www.deutschlandfunk.de/fuehrungswechsel-afd-verliert-zehn-prozent-ihrer-mitglieder.1818.de.html?dram:article_id=325093 [21.11.2015]
- Didero, Maike (2014): *Islambild und Identität: Subjektivierung von Deutsch-Marokkanern zwischen Diskurs und Disposition*, Bielefeld: Transcript Verlag.
- Dreischer, Stephan und Jakob Lempp (2014): Alternative für Deutschland (AfD) [online], <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/brandenburg-2014/188555/afd> [04.12.2015]
- Eickhof, Ilka (2010): *Antimuslimischer Rassismus in Deutschland: Theoretische Überlegungen*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Erel, Umut (2004): Paradigmen kultureller Differenz und Hybridität, In: Sökefeld, Martin (Hrsg.): *Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz: Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei*, Bielefeld: Transkript Verlag.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) o.V. (2014): Volksparteien schrumpfen, die AfD wächst [online], <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mitgliederschwund-volksparteien-schrumpfen-die-afd-waechst-13340441.html> [09.11.2015]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) o.V. (2015): AfD legt weiter zu [online], <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlingsdebatte-afd-legt-weiter-zu-13900275.html> [9.11.2015]
- Klingemann, Hans-Dieter (1989): Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987, In: Herzog, Dietrich und Bernhard Wessels (Hrsg.): *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien: Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik*, Westdt. Verl.: Opladen. S. 99-115

- Klingemann, Hans-Dieter und Andrea Volkens (2001): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998, In: Gabriel, Oscar, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, 2. Aufl., Bonn: Bundeszentral für politische Bildung. S. 99-115
- Küras-Ahlers, Elcin (2002): Aktuelle Wandlungen der Grenzziehung zwischen „Wir“ und „Sie“, In: Griese, Hartmut M., Elcin Küras-Ahlers, Rainer Schulte Massoud Vahedi und Hans-Peter Waldhoff (Hrsg.): *Was ist das Problem am „Ausländerproblem“?: Über die soziale Durchschlagkraft ideologischer Konstrukte*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation. S.47-98
- Norddeutscher Rundfunk (NDR) o.V. (2015): Kritik am Islam beim AfD-Wahlkampfauftakt [online], <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/Kritik-am-Islam-beim-AfD-Wahlkampfauftakt,afd234.html> [27.11.2015]
- Hafez, Kai (2013): *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz: Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*, Bielefeld: Transcript Verlag.
- Hanfeld, Michael (2015): Neue Rechte marschiert, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung [online], <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neue-rechte-marschiert-afd-und-pegida-13348947.html> [02.12.2015]
- Häussler, Alexander; Roeser, Rainer (2015): *Die rechten ›Mut‹-Bürger: Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der »Alternative für Deutschland«*, Hamburg: VSA Verlag
- Hoffmann, Lutz (2000): Feindbild Islam. Warum man hierzulande den Islam erfinden würde, wenn es ihn nicht schob gäbe, In: Hannemann, Tilmann und Pater Meier-Hüsing (Hrsg.): *Deutscher Islam – Islam in Deutschland. Beiträge und Ergebnisse der 1. Bremer Islam-Woche*, Marburg: Diagonal Verlag. S.63-81
- Jäger, Siegfried (2012): *Kritische Diskursanalyse. Ein Einführung*, 6. Aufl., Münster: UNRAST-Verlag.
- Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, In: Keller, Rainer (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1, 2., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. Für Sozialwiss.
- Jäger, Siegfried und Jens Zimmermann (2010): *Lexikon kritische Diskursanalyse: eine Werkzeugkiste*, Münster: Unrast-Verl.
- Johler, Reinhard (2007): *Europa und seine Fremden: die Gestaltung kultureller Vielfalt als Herausforderung*, Bielefeld: Transcript-Verlag.

- Jonker, Gerdien (2010): Europäische Erzählmuster über den Islam. Wie alte Feindbilder in Geschichtsschulbüchern die Generationen überdauern, In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien. S.71-84
- Müller-Uri, Fanny (2004): *Antimuslimischer Rassismus*, Wien: Mandelbaum Kritik und Utopie.
- Naumann, Thomas (2010): Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst, In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.) (2010): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien.
- Parteiengesetz (PartG) (2011): Gesetz über die politischen Parteien [online], http://www.bundestag.de/blob/189336/2d8fc37801c04ccfe153686a39e477e3/pg_pdf-data.pdf [03.12.2015]
- Rietzschel, Antoine (2014): Dann geh ich halt zur AfD, In: Süddeutsche Zeitung [online], <http://www.sueddeutsche.de/politik/waehlerwanderung-in-thueringen-und-brandenburg-dann-geh-ich-halt-zur-afd-1.2129805> [04.12.2015]
- Ruf, Werner (2012): *Der Islam – Schrecken des Abendlands: Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert*, Köln: PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG.
- Said, Edward W. (1981): *Orientalismus*, Frankfurt/M – Berlin- Wien: Ullstein Materialien.
- Schnapp, Kai-Uwe (2015): Parteiprofile: Alternative für Deutschland (AfD) [online], <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/hamburg-2015/198583/afd> [02.02.2015]
- Schneiders, Thorsten Gerald (2015): *Wegbereiter der modernen Islamfeindlichkeit: Eine Analyse der Argumentationen sogenannter Islamkritiker*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Shooman, Yasemin (2012): Das Zusammenspiel von Kultur, Religion, Ethnizität und Geschlecht im antimuslimischen Rassismus, In: Asiye Öztürk (Hrsg.): *Ungleichheit, Ungleichwertigkeit* [online], <http://www.bpb.de/apuz/130422/das-zusammenspiel-von-kultur-religion-ethnizitaet-und-geschlecht-im-antimuslimischen-rassismus> [08.2.2015]
- Sökefeld, Martin (2005): Islam – Ethnologische Perspektiven, In: *EthnoScripts, Analysen und Informationen aus dem Institut für Ethnologie der Universität Hamburg*, Bd. 7, 2. S.2-7

Yilmaz, Hakan/Aykac, Cangla E.. (2012): *Perceptions on Islam in Europa: Culture, Identity and the Muslim 'Other'*, London: I.B.Tauris & Co Ltd.

**Eidesstattliche Erklärung nach § 14,8 der Prüfungsordnung der
Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften für Studiengänge
mit dem Abschluss Bachelor of Arts / Baccalaurea Artium bzw. eines
Baccalaureus Artium (B.A.) vom 23. November 2005**

Ich versichere an Eides statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die beiliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, als solche kenntlich gemacht habe. Außerdem habe ich mich keiner anderen als der angegebenen Literatur, insbesondere keiner im Quellenverzeichnis nicht benannten Internet-Quellen, bedient. Diese Versicherung bezieht sich auch auf zur Arbeit gehörige Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen etc. Weiterhin entspricht die eingereichte schriftliche Fassung der Arbeit der Fassung auf dem eingereichten elektronischen Speichermedium.

.....
Datum

.....
Unterschrift